

Philipp Korom

Kein Ende der „Österreich AG“? Über die Beständigkeit eines koordinierten Unternehmensnetzwerkes in Zeiten von Privatisierung und Internationalisierung

Schlüsselwörter: Unternehmensnetzwerk, koordinierter Kapitalismus, Eliten, Netzwerkanalyse

Ein wesentliches Merkmal des koordinierten Kapitalismus in Österreich ist ein engmaschiges Eigentums- und Personennetzwerk („Österreich AG“), das die Zusammenarbeit von Unternehmen ermöglicht. In den 80er-Jahren waren die Steuerungszentren dieses Netzwerkes die Beteiligungen der Österreichischen Industrieholding (ÖIAG) sowie die großen nationalen Banken. 30 Jahre später ist die Mehrheit aller ÖIAG-Unternehmen privatisiert, Großbanken fusionierten, lagerten ihre Industriebeteiligungen aus und traten internationalen Unternehmensgruppen bei. Dennoch ist die „Österreich AG“ nicht erodiert. Der Artikel geht anhand einer Netzwerkanalyse von Personenverbindungen (1976–2008) der Frage nach, welche Rekonfigurationen des Netzwerkes diese weitgehende Kontinuität ermöglichten. Drei Erklärungen stehen am Ende der Analyse: Trotz weitgehender Privatisierung blieb eine nationale Kerneigentümerstruktur aufrecht; die Raiffeisenbanken-Gruppe füllte das durch den Rückzug des Staates entstandene Vakuum auf; Österreichs Wirtschaftselite nutzt Aufsichtsräte weiterhin für die Kontaktpflege.

„Austria Inc.“ Forever? On the Stability of a Coordinated Corporate Network in Times of Privatization and Internationalization

Keywords: corporate network, interlocked directorates, coordinated capitalism, business elite

One of the features of organized Austrian capitalism is a tightly knit corporate network that facilitates the control and coordination among companies (“Austria Inc.”). In the 80ies the subsidiaries of the Austrian industry-holding stock company (ÖIAG) and the largest banks were the central hubs of the network. Thirty years later the ÖIAG has privatized nearly all its companies, banks merged, dissolved their industry holding, and joined international business groups. Nevertheless, “Austria Inc.” has not eroded. On the basis of an empirical analysis of interlocked directorates, considering the time frame 1976–2000, this article investigates which reconfigurations facilitate to perpetuate “Austria Inc.” The analysis suggests three explanations: Despite the extensive privatization of Austrian economy, national owners continue to prevail within the network. The banking group Raiffeisen filled the gap that was opened by the withdrawal of the state from the economic sphere. Members of the Austrian elite still use board meetings for social networking.

Philipp Korom

Spectro gem. Ges. für wissenschaftliche Forschung GmbH

Schlögelgasse 2, A-8010 Graz

E-Mail: philipp.korom@uni-graz.at

Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), 41. Jg. (2012) H. 2, 141–160

1. Einleitung

Stärker als die kontinentaleuropäischen Länder Schweiz, Niederlande oder Deutschland wird Österreich in der Literatur als eine Konkordanzdemokratie (Lehmbruch 1969) besprochen, die sich durch eine weitgehende Abwesenheit wettbewerblicher Konkurrenz und die Inkorporierung von Verbänden in die Politik auszeichne. Dies ginge mit der Konzertierung ökonomischer Interessen einher. Das Kernelement der koordinierten Ökonomie in Österreich sei der Abgleich von Interessen zwischen Unternehmen unter Bedingungen des *incomplete contracting* (Hall 2006, 184). Der *varieties of capitalism* (VoC)-Ansatz (Hall/Soskice 2001) postuliert, dass sich Unternehmen in koordinierten Ökonomien (*coordinated market economies*, CMEs) wie etwa Österreich in den Wirtschaftsbereichen Corporate-Governance-System, Aus- und Weiterbildungssystem, industrielle Beziehungen und Unternehmenskooperation stärker als liberale Ökonomien (*liberal market economies*, LMEs) absprechen. Setzt man voraus, dass Unternehmensverflechtungen Teil der institutionellen Struktur des Marktes sind, dann sollten sich Unterschiede zwischen dem „Konkurrenz-Kapitalismus“ angloamerikanischer Prägung und dem kontinentaleuropäischen „kooperativen Kapitalismus“ unter anderem in unterschiedlichen Netzwerkkonstellationen manifestieren (Windolf/Beyer 1995). Es ist nämlich bekannt, dass umfassende Unternehmensverflechtungen wirkungsvolle Mechanismen der Interessenfilterung sind und Partikularinteressen sich darin schlecht organisieren können (Windolf/Nollert 2001). Windolf (2002) konnte empirisch nachweisen, dass Netzwerkkonfigurationen und damit auch die Kooperationschancen zwischen den zwei Kapitalismustypen folgendermaßen variieren: In CMEs verdichten sich Verflechtungsketten zu engen Netzwerken von Unternehmen, die untereinander durch Kapitalbeteiligungen und den Austausch von Managern (*interlocking directorates*) verbunden sind. In LMEs hingegen sind Kapital- und Personalverflechtungen weitgehend entkoppelt, die Netzwerke dezentralisiert, fragmentiert und derart geformt, dass sie nicht notwendigerweise das Prinzip „Konkurrenz“ unterbinden. Die unterschiedlichen Strukturen sind vor allem möglich, weil kontinentaleuropäische und angloamerikanische Länder unterschiedliche Disziplinierungsstrategien für das Management gefunden haben (*principle-agent*-Problem, Berle/Means 1948). Das eine Mal finden wir einen hohen Konzentrationsgrad des Eigentums, der es Eigentümern (zumeist Mutterunternehmen) ermöglicht, durch ihre privilegierte Stellung in Unternehmensnetzwerken die bürokratische Macht der Manager zu beschränken. Das andere Mal ist Eigentum zumeist unter vielen, zueinander in Konkurrenz stehenden Investmentfonds aufgeteilt. Die Kontrolle wird durch die *invisible hand* der Märkte ausgeübt. Österreich ist unbestritten dem ersten Netzwerktypus zuzuordnen (vgl. Stokman/Ziegler/Scott 1985).

Zurzeit verfügt kein westeuropäisches Land über ein dichteres Unternehmensnetzwerk und mehr geduldiges Kapital als Österreich (vgl. Culpepper 2010). Vorrangig stellt sich somit nicht die Frage, ob in Österreichs Wirtschaft angloamerikanische Governance-Mechanismen zum Tragen kommen. Nahe liegender ist eine detaillierte empirische Erforschung zahlreicher weitreichender Restrukturierungen in der institutionellen Landschaft des österreichischen Unternehmenskontrollsystems, die letztendlich nicht zum Zusammenbruch, sondern zur Perpetuierung einer einmal gefundenen institutionellen Lösung geführt haben. Beobachter Österreichs Wirtschaft sind sich über die Diagnose „institutionelle Stabilität“ weitgehend einig (Traxler 2007, 41). Im Folgenden wird daher nicht gesellschaftlicher Wandel, sondern institutionelle Kontinuität im Brennpunkt der Analyse stehen. Dafür sei vor allem eine Begründung angeführt: Die Persistenz des österreichischen Unternehmensnetzwerkes ist nicht selbstverständlich. In den Achtzigerjahren, dem Ausgangspunkt der Analyse, war Österreich in hohem Maße ein Verbände- und

Parteienstaat mit dem größten öffentlichen Wirtschaftssektor Westeuropas. Beinahe reißbrettförmig geplant überlappten sich in netzwerkanalytischen Visualisierungen die Einflussbereiche der Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG) mit jenen der größten nationalen Banken (Ziegler 1984). 30 Jahre später ist die Mehrheit aller ÖIAG-Unternehmen privatisiert, wichtige Großbanken fusionierten und warfen ihre Industriebeteiligungen ab und internationale Akteure traten der „Österreich AG“ bei. Dennoch ist die nationale Kontrolle über zumeist am Ausland orientierte Unternehmen aufrecht, die Verflechtungsgrade sind relativ stabil und das Androhen der „Exit-Option“ durch Aktionäre aufgrund der massiven Einbettung der Wirtschaft bleibt die strikte Ausnahme. Das wirft einige Fragen auf, die dieser Artikel zu beantworten versucht: Welche Netzwerkkonfigurationen machen eine derartige institutionelle Stabilität möglich? Welche Akteure füllen die durch den Rückzug des Staates als Allein- oder Mehrheitseigentümer entstehenden Freiräume?

Der Artikel ist in drei Teile gegliedert. Teil 1 enthält eine Schilderung der Ausgangsfiguration des Unternehmensnetzwerkes (kurz: „Österreich AG“), also der dichten Personenverflechtung in der österreichischen Wirtschaft der Siebzigerjahre, und einen Abschnitt über *critical junctures*¹, der die weiteren Entwicklungspfade der „Österreich AG“ bespricht. Teil 2 nimmt eine netzwerkanalytische Längsschnittbetrachtung vor. Für unterschiedliche Zeitpunkte (1976, 2000-2008) wird die jeweilige Konfiguration der „Österreich AG“ anhand ausgewählter Beschreibungsmaße der sozialen Netzwerkanalyse (SNA) analysiert. Teil 3 bemüht sich um eine Integration aller Erklärungsangebote zur Kontinuität der „Österreich AG“, die sich aus der Empirie ableiten lassen.

2. Die „Österreich AG“ im historischen Wandel

2.1 Die Anfänge der „Österreich AG“

Von Beginn an zeichnete sich das österreichische Unternehmensnetzwerk durch die herausragende Stellung staatlicher Unternehmen aus. Schon im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929ff. kam es zur Verstaatlichung der mit dem Großteil der österreichischen Industrie aufs engste verbundenen Kommerzbank Creditanstalt. Das erste Verstaatlichungsgesetz von 1946 legte das rechtliche Fundament für einen öffentlichen Wirtschaftssektor, auf den in den Siebzigerjahren 25% des Bruttoinlandsproduktes zurückzuführen waren (Aiginger 1999, 3). Das Gesetz beanspruchte für 70 Unternehmen Gültigkeit, darunter drei Kreditinstitute, die wiederum 61 Unternehmen und zehn kleine Kreditinstitute als Beteiligungen hielten – insgesamt ein Fünftel des österreichischen Industriepotentials (Turnheim 2009). 1975 waren 120.000 Personen und somit etwa 19% aller Arbeiterinnen im Industriesektor in ÖIAG-Unternehmen angestellt (Nowotny 1998). Noch Mitte der Achtzigerjahre hatte Österreich den größten öffentlichen Wirtschaftssektor Westeuropas.

Die weitreichende „Austrifizierung“ begann in einer rechtlichen und staatspolitischen Zwangslage. Das Potsdamer Abkommen (1945) sah vor, dass „deutsches Eigentum“ als Wiedergutmachung den Alliierten zufallen sollte. Alle Regierungen der Nachkriegszeit sahen daher einzig und allein in einer Erweiterung der „Verstaatlichten“ eine Möglichkeit, die angestrebte Vollbeschäftigung zu bewerkstelligen. Schließlich hatten in der Zwischenkriegszeit in Österreich ansässige ausländische Unternehmen die Arbeitslosigkeit nach oben schnellen lassen (Weber 1994).

Bis in die Achtzigerjahre bestand die Verstaatlichte aus drei großen Einflussbereichen (vgl. Meth-Cohn/Müller 1994, 160): Der mit der treuhändigen Ausübung der Anteilsrechten der Republik an den verstaatlichten Unternehmen beauftragten ÖIAG; den verstaatlichten Banken Creditanstalt und Länderbank und deren Industriebeteiligungen und dem Energiesektor.

Der Soziologe Rolf Ziegler hat sich als Leiter des DFG-Forschungsverbundes „Analyse sozialer Netzwerke“ (1977–1981) dem sozialen Emergenzphänomen „Österreich AG“ in den Achtzigerjahren aus einer netzwerkanalytischen Perspektive angenähert (Ziegler 1984; Ziegler/Bender/Biehler 1985; Ziegler 1987). Morawetz (1985) untersuchte zeitgleich die personellen Verflechtungen der neun größten Banken und der 70 umsatzstärksten Industrieunternehmen des Jahres 1976.

Welche Strukturen ergaben sich in den Siebzigerjahren durch den Umstand, dass Personen Vorstands- und Aufsichtsratsfunktionen in mindestens zwei Unternehmen gleichzeitig ausübten?

Das österreichische Netzwerk erscheint wie am Reißbrett konzipiert [...]. In Österreich sind es die beiden verstaatlichten Großbanken, die staatliche Holding ÖLAG und – in geringerem Maße – das größte private Bankhaus, die mit ihren Vorstandsbindungen die Grundstruktur des Netzes festlegen. [...] Insbesondere die beiden verstaatlichten Banken in Österreich scheinen nach dem Prinzip des „divide et impera“ zu verfahren. Die Integration dieser relativ stark segmentierten Sphären beruht im wesentlichen auf der Existenz zweier Treffpunkte: erstens das Gemeinschaftsunternehmen der drei österreichischen Großbanken, die Österreichische Kontrollbank AG [...] Der zweite Treffpunkt ist die ELIN [Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, Anm. PhK], die sich bereits zu dieser Zeit (1976) in hohem Maße auf Bankkredit stützen musste. (Ziegler 1984, 596–597)

Diese eindeutige Strukturierung sollte sich in den nachfolgenden Jahren verändern. Der nächste Abschnitt zeigt die wichtigsten Weiterentwicklungen auf.

2.2 Entwicklungspfad der „Österreich AG“

Die Wandlungen der „Österreich AG“ ergaben sich in erster Linie durch den Umfang und die Form der Überführung öffentlichen Vermögens in Privateigentum. Dem internationalen Trend folgend nahmen umfangreiche Privatisierungsvorhaben auch in Österreich in den Achtzigerjahren ihren Ausgang. Auslöser war die bislang größte Krise der Verstaatlichten (vgl. Die Zeit, 3.1. 1986). „Aufgrund der internationalen Entwicklungen – der weltweiten Branchenkrise im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie [...], missglückter Diversifizierungen, permanenter politischer Interventionen im Sinne der Beschäftigungspolitik und damit sinkender Konkurrenzfähigkeit“ (Kriechbaumer 2008, 370) wurde die Verstaatlichte zum Subventionsempfänger des Bundes. Die zunehmende Verlustentwicklung der „Verstaatlichten“ seit der zweiten Hälfte der Ära Kreisky ist jedoch nur einer der Gründe eines Richtungswechsels. Als weitere Anstöße führen Belke und Schneider (2006) an: der Anreiz, mittels den Erlösen das Staatsbudget aufzubessern; Lobbying von nationalen und insbesondere internationalen Investmentbanken; eine allgemein zunehmende Akzeptanz für die Idee „mehr privat, weniger Staat“ und damit einhergehend auch eine zunehmend befürwortende Privatisierungshaltung aller Parteien.

Seit Amtsantritt des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky 1986 argumentiert die SPÖ mehrheitlich, dass Privatisierung fernab jeder Ideologie eine pragmatische Notwendigkeit

sei (Meth-Cohn/Müller 1994). Teile der ÖVP, so etwa der nahezu gänzlich aus Managern kleiner/mittelgroßer Betriebe bestehende und in Konkurrenz zum öffentlichen Sektor stehende Österreichische Wirtschaftsbund, fordern seit jeher Entstaatlichungsmaßnahmen (Müller 1988). Wenig überraschend ist daher auch, dass die Privatisierung stark unter dem ÖVP-Parteichef und Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (2000–2007) forciert wurde (vgl. Obinger (2006). Zwischen 2000 und 2003 wurden in einer ersten Privatisierungswelle 35,7% der VA Stahl AG, 24% der VA Technologie AG, 25% der Böhler Uddeholm AG, 41,1% der Austria Tabak AG, 17,38% des Flughafens Wien AG, 22,4% der Telekom Austria AG und 39% der Post AG veräußert. In einer darauf folgenden Welle (2004–2009) kam es zur Vollprivatisierung der Voestalpine und der VA Tech. 2008 kaufte schließlich die Deutsche Lufthansa alle ÖIAG-Anteile an der Austrian Airline.

Heute kann die verstaatlichte Industrie als gänzlich aufgelöst bezeichnet werden (Turnheim 2009, 121). Mit der Ausnahme der OMV Aktiengesellschaft, an der die Republik Österreich mit 31,5% beteiligt ist, scheint im ÖIAG-Geschäftsbericht 2009 nur noch die österreichische Post AG (52,85%), die Telekom Austria AG (28,42%) und die GKB-Bergbau GmbH (100%) auf.

Angesichts der Tatsache, dass die verstaatlichte Industrie zumindest in den Achtzigerjahren das Rückgrat der „Österreich AG“ darstellte (vgl. Ziegler 1985), könnte man annehmen, dass die von Rolf Ziegler und Inge Morawetz dokumentierten personellen Unternehmensverflechtungen sich aufgelöst haben. Schließlich waren es vor allem die Industrie-Banken-Verbindungen sowie Vernetzungen innerhalb der ÖIAG-Gruppe, die die Figuration „Österreich AG“ ursprünglich prägten. Ohne weiterführende empirische Untersuchungen liegt ein Rätsel vor. Wie kommt es, dass nach weitgehendem Rückzug des Staates aus Banken und Industrie das Netzwerk nicht in sich zusammengebrochen ist?

Wie sich zeigen wird, spielt die von Entscheidungsträgern empfundene ökonomische „Verwundbarkeit“ (Katzenstein 1985) eine gewisse Rolle. Es war vor allem die Verstaatlichte Industrie, die den Austrokorporatismus ermöglichte. Mit dem Rückzug des Staates fürchtete die Politik, die nationale Kontrolle über dieses engmaschige Unternehmensnetzwerk zu verlieren (vgl. David/Mach 2001) und setzte entsprechende Maßnahmen, die eine gewisse Kontinuität in den Eigentümerstrukturen ermöglichen sollten.

Grundsätzlich sind die Metamorphosen der „Österreich AG“ vor allem durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: die Überführung von Staatseigentum in private Hände und die Umstrukturierung des Bankenwesens.

Nach Belke und Schneider (2006) war der Privatisierungsauftrag an die ÖIAG an die Bedingung geknüpft, dass eine österreichische Kernaktionärsstruktur Bestand haben sollte.² Die ÖIAG selbst, und damit indirekt die Republik Österreich, hatte bis 2000 Restanteile zwischen 24 und 39% an großen Unternehmen wie etwa VA-Technologie AG oder der VA-Stahl AG behalten. Darauf folgten jedoch vollständige Privatisierungen dieser Industrien. In anderen Bereichen blieb der Staat jedoch Miteigentümer oder es bildeten sich strategische Koalitionen zur Abwehr des „Verscherbelns des heimischen Familiensilbers“ (Die Presse, 18.5. 2008), wie es im Volksmund heißt. Im Folgenden soll an wichtigen Fällen aufgezeigt werden, mit welchen Strategien die nationale Kontrolle über die größten Unternehmen beibehalten wurde.

a) Die „österreichische Stahllösung“ am Beispiel der Voestalpine

2003 wurde die vollständige Privatisierung beschlossen. Zuerst arbeitete der ÖIAG-Vorstand unter strenger Geheimhaltung gemeinsam mit zwei kanadischen Magna-Managern das Konzept aus, die Voestalpine mit der Investbank JP Morgan als Mittler an Magna zu verkaufen. Nach

heftigen Protesten kam es zu einem Schwenk – die „österreichische Lösung“ wurde ab nun bevorzugt. Der machtvolle oberösterreichische ÖVP-Landeshauptmann Josef Pühringer führte einen Landtagsbeschluss herbei, der garantieren sollte, dass „die Voest“ ein österreichisches Unternehmen bleibt (vgl. Der Standard, 27.8. 2003). Im September desselben Jahres beschloss der Ministerrat, dass ein österreichischer Kernaktionär bewahrt werden müsse (Leisch 2004, 49). Anstelle von informativen *road shows* für internationale Investoren folgten geheime Absprachen zwischen der Schlüssel-Regierung und heimischen Investoren rund um die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich unter der Leitung von Ludwig Scharinger, die heute neben der Oberbank mit einem Anteil von 15% an den Voest-Werken Hauptaktionär ist.

Die Zeitschrift „The Economist“ (4.9. 2003) zog folgendes Resümee: „Mr. Schüssel, who talks fondly of open borders and free markets, now sounds happy to accept a much lower price for Voestalpine to keep it in familiar hands“.

b) Die „österreichische Stromlösung“ am Beispiel der Verbundgesellschaft

Laut Verstaatlichten-Gesetz muss die öffentliche Hand eine Mehrheit (mindestens 51%) am Verbund und den Landesenergieversorgern (EVN AG, KELAG, TIWAG, etc.) halten. Beim Verbund halten neben der Republik Österreich auch die TIWAG, Wienstrom und die EVN zusammen 30% der Anteile. Die öffentliche Hand würde daher auch dann eine Mehrheit beibehalten, wenn der Bund unter die 50%-Schwelle ginge. In regelmäßigen Abständen wird eine Stimme für die Privatisierung des Verbunds erhoben (vgl. Die Presse, 19.6. 2008), konkrete Privatisierungspläne hat die Regierung jedoch nicht geäußert.

c) OMV, Telekom, Post – die staatsnahen Unternehmen heute

Von den börsennotierten Unternehmen behält die ÖIAG Anteile an der Post, der Telekom Austria und der OMV.

Der Mineralölkonzern OMV war das erste ÖIAG-Unternehmen, das an der Börse notiert wurde. Am Ende der ersten Privatisierungswelle betrug die Staatsanteile 72,25%, danach wurden sie kontinuierlich auf 31,5% gesenkt. Die Kombination von privaten Investoren mit dem Staat als Kernaktionär hat sich bewährt: „Die OMV hat seit 1994 ohne Unterbrechung Dividenden gezahlt und damit die Kassen der ÖIAG kräftig aufgefüllt“ (Die Presse, 12.7. 2009).

Eine weitere Teilprivatisierung aller drei staatsnahen Unternehmen würde einen geschätzten Erlös von einer Milliarde Euro einbringen (vgl. Böheim/Handler/Schratzenstaller 2010).

Konturen der „Österreich AG“ änderten sich auch mit den Umbrüchen im Bankenwesen. Von Beginn an waren Banken das Herzstück des Unternehmensnetzwerkes. Das erste Verstaatlichungsgesetz (1946) machte die Republik Österreich zum alleinigen Eigentümer des Creditanstalt-Bankvereins (CA-BV), der Länderbank und des Österreichischen Creditinstituts. Vor allem die CA-BV wurde zu einer Konzernspitze, „die nahezu in allen Industriezweigen über zumindest ein führendes Unternehmen verfügte. In der Industriefinanzierung beherrschten Creditanstalt-Bankverein und Länderbank die Szene“ (Jetschgo et al. 2004, 118). Vor allem diese Banken erhielten öffentliche Kapitalzufuhren zum Ausgleich von Kreditausfällen bei industriellen Beteiligungen, was wiederum der Sicherung von Arbeitsplätzen diente. Außerdem ermöglichten implizite Staatsgarantien Konditionen für Kredite, die in der Regel nur Kunden mit nachgewie-

sener hoher Bonität gewährt werden. Die weiter oben erwähnten personellen Verflechtungen zwischen Banken und Industrie dienten im Wesentlichen der Supervision: Bankvorstände erhielten in den Aufsichtsräten interne Informationen über das Unternehmen, die der Einschätzung eventueller Risiken dienten.

Die Neunzigerjahre brachten eine grundlegende Neugestaltung des Bankensektors. Auf die Einführung des Prinzips des freien Markteintritts von Banken in anderen EU-Ländern („*Single European Passport*“) antwortete Österreich einerseits mit einer umfassenden Konsolidierung des Bankensektors, um so durch so genannte Synergieeffekte konkurrenzfähig zu bleiben. Andererseits erfolgte eine Expansion des österreichischen Finanzsektors nach Osteuropa. Die wichtigsten Strukturänderungen können so zusammengefasst werden:

d) Neuausrichtung der österreichischen Banken – Konsolidierung und Internationalisierung

1991 geht die Bank Austria AG aus einem Zusammenschluss der Zentralsparkasse mit der Länderbank hervor. 1997, am Ende eines sich anfangs verschleppenden und durch politische Interventionen gekennzeichneten Privatisierungsprozesses der Creditanstalt-Bankverein (vgl. Grubelnik 1998, 193–258), kam es sodann zu der bislang weitest reichenden Umwälzung im österreichischen Kreditwesen. Die Bank Austria übernahm den Creditanstalt-Bankverein. Nach einigen Jahren fusionierten beide zur Bank Austria Creditanstalt AG, die 2005 in der europäischen Bankengruppe UniCredit aufging. Die Bank Austria hatte von Creditanstalt und Länderbank große Industriebeteiligungen (z.B. Lenzing, Semperit, A. Porr) übernommen, die allmählich ausgelagert wurden (Bruckner/Stickler 2000, 139). Von dem Sparkassenbereich, vor allem repräsentiert durch das Spitzeninstitut Girocredit, hatte sich die Bank Austria schon in frühen Jahren getrennt. Die Erste Österreichische Spar-Casse übernahm diesen Anteil sowie Minderheitsanteile an anderen Sparkassen. Mit der Fusion zur Ersten Bank der österreichischen Sparkassen AG wurde der entscheidende Schritt zur Konsolidierung der Sparkassenbereichs gesetzt.

Ein weiterer Umbruch stellt die 2005 erfolgte Fusion zwischen der Österreichischen Postsparkasse AG und der Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) dar. 2007 wird sodann die BAWAG P.S.K. von einem Konsortium unter der Führung von Cerberus Capital Management L.P. übernommen. Des Weiteren brachte die Entlassung der mittel- und osteuropäischen Staaten in die nationale Eigenverantwortung ab 1989 das österreichische Bankwesen stark in Bewegung. Mehrere österreichische Banken begannen im großen Ausmaß zu expandieren.

Auch nach diesem historischen Exkurs bleibt das Rätsel vom Fortleben der „Österreich AG“ weitgehend ungelöst. Soziologische Erklärungen sind letztlich Prozessklärungen, d. h. die verschiedenen Evolutionsstufen eines sozialen Phänomens müssen erschlossen werden, um zu einem adäquaten Verständnis des Ist-Zustandes zu kommen. Das noch zu erschließende Element der Erklärung ist also die allmähliche Soziogenese der „Österreich AG“. Der zweite Teil dieses Artikels untersucht daher Personalverflechtungen im historischen Wandel. Bevor Ergebnisse präsentiert werden, soll die Bedeutung von Personenverbindungen zwischen Unternehmen kritisch diskutiert werden.

3. Personenverbindungen in der österreichischen Wirtschaft (1976–2008)

3.1 *Interlocked directorates*

Die „Österreich AG“ wird hier über sogenannte *interlocked directorates* (Personenverbindungen) konstruiert. *Interlocked directorates* dienen Sozialwissenschaftlern nahezu seit einem Jahrhundert als Untersuchungsmaterial. Sogar Enzyklopädiebeiträge finden sich über den Begriff (vgl. Miz-ruchi/Marquis 2006). In deutschen Sprachraum verfügen Aktiengesellschaften (AG) und Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) über eine Geschäftsführung und ein Aufsichtsgremium. Personenverflechtungen können nun grundsätzlich zwei Erscheinungsformen annehmen: Eine Person ist Mitglied in zumindest zwei Aufsichts- *oder* Geschäftsleitungsorganen unterschiedlicher Unternehmen (ungerichtete Verflechtung). Eine Person ist Vorstand/Geschäftsleiterin eines *und* Aufsichtsratsmitglied zumindest eines anderen Unternehmens (gerichtete Verflechtung).

Da die Sozialforscherin von allen Abläufen in diesen Gremien in der Regel ausgeschlossen ist, können Daten zu *interlocked directorates* als komplexe Sachverhalte gesehen werden, denen keine eindeutigen Inhalte zugesprochen werden können (Stinchcombe 1990). Eines der wesentlichen methodologischen Probleme ist, dass der treibende Motor wechselnder Figurationen von Personenvernetzungen Überlegungen einzelner Manager und/oder ganzer Unternehmen sein können. Dem funktionalen Postulat, dass sich Unternehmen vornehmlich deshalb miteinander verflechten, weil sie ihre Umwelt kontrollieren oder ihre Abhängigkeit von Ressourcen anderer Unternehmen verringern wollen (Ressourcendependenzmodell, Pfeffer/Salancik 1978), stehen Machtzirkel-Theorien gegenüber, die gemeinsame Aufsichtsratssitzungen als Möglichkeit für Prestigemaximierung und Ausbau des Kontaktnetzes einer relativ homogenen sozialen Klasse sehen (Useem 1984). Diese zwei grundsätzlich unterschiedlichen treibenden Kräfte auseinanderzuhalten, hat sich nur als begrenzt möglich erwiesen (vgl. Stokman/Van der Knoop/Wasseur 1988). Der vorliegenden Studie ist eine weitgehend unbestrittene Interpretation von *interlocked directorates* als Gelegenheitsstrukturen zugrunde gelegt (vgl. Windolf 2006, 39). Netzwerke lassen sich in diesem Sinne wie Zugfahrpläne interpretieren: Wir sehen, welche „Orte“ miteinander verbunden sind, wo „Halt“ gemacht wird und welche „Bahnanschlüsse“ zu finden sind. Ein Beispiel soll demonstrieren, dass sich diese Auslegung für gerichtete Personenvernetzungen bewährt:

Erwin Hameseder war 2008 in der Geschäftsführung der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg. Gen. m.b.H. und Vorstand der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG. Zugleich war er als Aufsichtsrat des Nahrungsmittelkonzerns Agrana Bet.-AG, des Flughafen Wien AG, der Holdinggesellschaft Leipnik-Lundenburger Invest Bet. AG und des Baunternehmens Strabag SE tätig. An all diesen Unternehmen ist die Raiffeisen-Bankgruppe als Mehrheitsaktionär beteiligt. Durch Hameseder hat Raiffeisen grundsätzlich die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Seine Bestellung wird in erster Linie durch das Interesse Raiffeisens und nicht durch individuelle Karriereambitionen zu erklären sein. Beide Erklärungen sind jedoch miteinander zum Teil kompatibel.

Eine Analyse von *interlocked directorates* erlaubt es also, Strukturen zu identifizieren, die Kooperationen zwischen Unternehmen grundsätzlich unterstützen können.

Um eine sterile Analyse von Unternehmensnetzwerken zu vermeiden, konzentriert sich der Beitrag auf den Wandel von Gelegenheitsstrukturen im Zeitverlauf und somit auf die institutionelle Stabilität oder Diskontinuität der „Österreich AG“.

3.2 Fragestellungen und Methodik

Von der Kontinuität der „Österreich AG“ – die bislang unterstellt wurde – kann gesprochen werden, wenn wesentliche Merkmale der Ausgangskonfiguration über die Zeit hinweg aufrechterhalten bleiben. Ein erster Komplex an Fragestellungen bezieht sich daher auf die Entwicklung ausgewählter Spezifika der „Österreich AG“.

Verbindungsmänner: Useem (1984) postulierte, dass Manager mit Funktionen in unterschiedlichen Firmen und Branchen den engen Interessenhorizont einiger weniger Unternehmen transzendieren und so Wirtschaftszweige untereinander koordinieren könnten. In der „Österreich AG“ waren derartige Manager wie etwa der einstige Generaldirektor der CA-Bankverein Hannes Androsch stark vertreten. Über Aufsichtsratsmandate hielten sie zahlreiche Kontakte zu vielen, unterschiedlichen Unternehmen. Inwiefern ist es zu einem Rückgang dieser multiplen Direktoren gekommen?

Kohäsion des Gesamtnetzwerkes: Das Etikett „Österreich AG“ stand für ein engmaschiges Unternehmensnetzwerk, das Managern Steuerungspotenziale ermöglichte, die über die eigenen Unternehmens- und Konzerngrenzen hinausreichte. Wie stark hat die Vernetzungsdichte seit 1983 abgenommen?

Kohäsive Subgruppen: In den Achtzigerjahren wurde die „Österreich AG“ durch sehr große und eng miteinander verbundene Teilgruppen (ÖIAG, CA-Bankverein, Länderbank) aufgespannt. Sind derartige Unternehmensgruppen, die direkte und enge Beziehungen zueinander halten, weiterhin kennzeichnend für das österreichische Unternehmensnetzwerk? Ist die Inklusivität des Netzwerkes weiterhin hoch oder hat die Zahl an peripheren Unternehmen zugenommen?

Inter-Branchen-Verflechtungen: Personalverflechtungen zwischen Industrie und Bankwesen waren fester Bestandteil des Unternehmensnetzwerkes. Inwiefern hat die Binnendifferenzierung zugenommen?

Ein weiteres Interesse gilt der internen Dynamik der „Österreich AG“. Stellt sich das koordinierte Unternehmensnetzwerk als einigermaßen stabil heraus, so muss danach gefragt werden, welche Akteure nach dem weitgehenden Rückzug des Staates aus der Wirtschaft als die neuen Stützpfiler des Netzwerkes anzusehen sind. Welche *business groups* haben den Unternehmer Staat abgelöst?

Um diese Fragen beantworten zu können, wird eine netzwerkanalytische Langzeitbetrachtung (1976–2008) von in Österreich beheimateten Großunternehmen vorgenommen. Der Datensatz für das Jahr 1976 wird aus dem bislang umfangreichsten international vergleichenden Projekt zu *interlocked directorates* (Stokman/Ziegler/Scott 1985) bezogen. Die Forschungsgruppe rund um Ziegler kam zu dem Konsens, dass für Ländervergleiche ein Sample von 200 Nichtfinanz- und 50 Finanzunternehmen ausreichend ist, wobei als Auswahlkriterien der Umsatz bzw. die Bilanzsumme gewählt wurden. Sowohl die Auswahlgröße als auch die Auswahlkriterien werden hier zu Vergleichszwecken übernommen. Alle Daten zu den Jahren 2000–2008 wurden aus der Quelle „Firmendatenbank Österreich“ des Verlags Hoppenstedt bezogen. Mit der Ausnahme des Jahres 2003 ist für jedes Jahr stets die zweite Ausgabe berücksichtigt. Da keine his-

torischen Daten für 2002 mehr erhältlich waren, wurden die späteren Daten für das Jahr 2001 stattdessen benutzt. Es wird angenommen, dass so annähernd der Verlauf zwischen 2001 und 2003 rekonstruiert werden kann.

3.3 Ergebnisse

Betrachtet man die Entwicklung der „Multiaufsichtsräte“, also jener Netzwerkvirtuosen, die über AR-Funktionen die Geschäftspolitiken vieler großer Unternehmen beeinflussen können, so zeigt sich ein Bild weitgehender Stetigkeit. Aus Tab. 1 geht hervor, dass das Ausmaß der Ämterhäufung in der österreichischen Wirtschaft erheblich ist und im Zeitverlauf nur leicht abnimmt. 1976 gehören dem Elitenetzwerk 50 Personen und damit 2% aller Mandatsträger an, die für insgesamt 74% aller 1.489 personellen Verflechtungen verantwortlich sind (Ziegler 1987, 82). Auch die Verbindungsmänner in den Jahren 2000 und 2008 sind an bis zu 70% aller Personenverbindungen beteiligt. Aufgrund von neuen Corporate-Governance-Vorschriften gibt es 2008 keine Aufsichtsräte mit zehn oder mehr Mandaten mehr. Die Anzahl jener Netzwerkvirtuosen mit sechs bis neun Positionen in Geschäftsgremien bleibt jedoch konstant. Diese Verteilung legt nahe, dass eine Kerngruppe von Managern auch heute noch Entscheidungen im Wirtschaftssystem entscheidend beeinflusst. Schließlich dürfte es kaum Strategiemöglichkeiten geben, diese Mitglieder des *inner circle* (Useem 1984) der „Österreich AG“ zu umgehen.

Tabelle 1: Multiaufsichtsräte in den Elitenetzwerken der Österreich AG in den Jahren 1976, 2000 und 2008

	1976 <i>abs (%)</i>	2000 <i>abs (%)</i>	2008 <i>abs (%)</i>
4–5 Positionen	35 (70)	29 (64)	31 (72)
6–7 Positionen	5 (10)	10 (22)	7 (16)
8–9 Positionen	4 (8)	3 (7)	5 (12)
10 und mehr Positionen	6 (12)	3 (7)	0 (0)
Zahl der Manager	50 (100)	45 (100)	43 (100)
Zahl der Positionen	292	258	219

Auch die Makroebene der „Österreich AG“ ist im Wesentlichen durch Kontinuität gekennzeichnet (vgl. Tab. 2). Im gerichteten Netzwerk hat sowohl die Dichte³ als auch die Verbundenheit des Netzwerkes leicht abgenommen, und das in einer Art Schlangenlaufrichtung. Wir sehen einen Abfall dieser Parameter, die 2004 ihren Tiefpunkt erreichen und sodann wieder zu steigen beginnen (s. Zeilen 1–4). Es liegt nahe, dass die Anzahl der Verflechtungen von der Größe der Geschäftsorgane abhängt. Diese nimmt über die Zeit kontinuierlich ab (s. Zeile 18).

Im Jahr 2004 findet sich im gerichteten Netzwerk die größte Anzahl an isolierten Unternehmen ohne Vernetzungen zur „Österreich AG“ (s. Zeile 9). Diese Zahl nimmt sodann wieder zu.

Ein durchgängiger roter Faden ist die Hauptkomponente⁴ der Netzwerke (s. Zeile 10). Zwar variiert sie leicht in der Größe, dennoch zerfällt die „Österreich AG“ nicht in annähernd gleich große Untergruppen, sondern behält ihre konzentrierte Form bei. Das bestätigt auch die nahezu konstante Ausprägung des Fragmentationsindex⁵ (s. Zeile 17).

Ein gewundener Verlauf lässt sich auch an dem wichtigsten Zentralitätsmaßstab⁶, den *degrees*, ablesen (s. Zeile 15): 2000 verfügt ein Akteur durchschnittlich über 1,8 direkte Verbindungen, 2004 über 1,48 und 2008 über 1,66. Nähe- und *betweenness*-basierte Zentralitätsziffern lassen lediglich einen Abfall zu Beginn des Beobachtungszeitraums erkennen (s. Zeile 12–14).

Tabelle 2: Personenverbindungen in Österreich (1976–2008)

		Gerichtetes Unternehmensnetzwerk						Ungerichtetes Unternehmensnetzwerk					
		1976	2000	2002	2004	2006	2008	1976	2000	2002	2004	2006	2008
1	Gesamtanzahl der Verbindungen	463	253	204	195	223	219	909	701	470	534	531	522
2	Dichte (%)	2.48	0.75	0.72	0.59	0.68	0.66	3.14	2.25	1.56	1.72	1.71	1.68
3	Dichte, verbundene Unternehmen (%)	2.60	1,26	1.32	1.18	1.10	1.10	8.03	4.26	3.39	3.47	3.30	3.20
4	Multiple Verbindungen	33	57	41	48	42	48	199	221	158	149	151	155
5	Finanz zu Nicht-Finanz (% v. Zeile 1)	21	24	17	27	17	13	—	—	—	—	—	—
6	Nicht-Finanz zu Finanz (% v. Zeile 1)	11	8	9	14	7	7	—	—	—	—	—	—
7	Nicht-Finanz zu Nicht-Finanz (% v. Zeile 1)	60	34	36	37	39	47	—	—	—	—	—	—
8	Finanz zu Finanz (% v. Zeile 1)	8	35	38	22	37	33	—	—	—	—	—	—
9	Isolierte Unternehmen	3	42	44	53	39	39	90	68	79	74	70	69
10	Zahl der Unternehmen (N), Hauptkomponente	127	128	114	111	123	114	147	158	145	150	162	152
11	Zahl der Unternehmen (N)	137	184	169	182	182	182	241	250	246	250	250	250
12	Mean normalized betweenness	0.74	0.08	0.05	0.02	0.02	0.02	0.25	0.33	0.34	0.34	0.42	0.36
13	Mean normalized closeness/in	1.72	0.58	0.62	0.56	0.56	0.56	—	—	—	—	—	—
14	Mean normalized closeness/out	1.40	0.58	0.62	0.56	0.56	0.57	1.02	0.97	0.89	0.89	1.03	0.90
15	Mean degree	3.77	1.80	1.59	1.48	1.61	1.66	10.27	9.43	6.77	6.56	6.80	7.02
16	Average geodesics	3.43	3.60	3.34	2.47	2.41	2.56	2.64	3.05	3.38	3.35	3.46	3.44
17	Fragmentation	0.65	0.94	0.96	0.98	0.97	0.98	0.63	0.60	0.65	0.64	0.58	0.63
18	Mittlere Größe der Geschäftsorgane	—	—	—	—	—	—	12.24	10.77	10.21	10.21	10.16	9.75

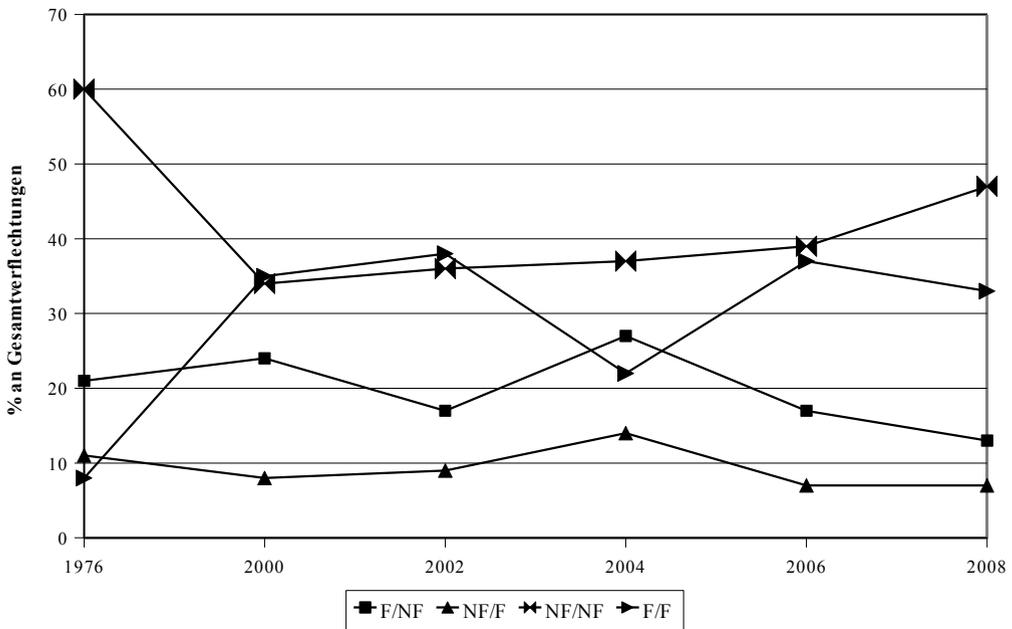
Auch der durchschnittliche kürzeste Pfad zwischen Unternehmen verbleibt zumindest zwischen 2000 und 2008 auf einem konstanten Niveau. Im Schnitt erreicht jedes Unternehmen a das Unternehmen b über drei andere Firmen (s. Zeile 16).

Am Augenfälligsten ist die Erosion des Netzwerkes zwischen 1976 und 2000. Aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzungen der Samples⁷ und der zahlreichen Fusionen sowie Namensänderungen in diesem Zeitraum kann das Jahr 1976 jedoch lediglich als globaler Vergleichsstandard herangezogen werden. Der im Vergleich zum Zeitraum 2000–2008 wesentlich stärkere Rückgang von Netzwerkressourcen im koordinierten Austrokapitalismus zwischen 1976 und 2000 macht besonders deutlich, dass sich das Netzwerk in jüngster Zeit auf niedrigerem Verflechtungsniveau weitgehend stabilisiert hat. Eine gänzliche Erosion zeichnet sich nicht ab.

Eine eingehende Analyse der Mikroebene (s. Grafik 1) soll Aufschluss darüber geben, wie die zu beobachtenden Verlaufstrends zu erklären sind. Dabei sollen Interbranchenverflechtungen im Vordergrund stehen.

Im Finanzsektor (F/F) kam es zur einzigen stark akzentuierten Entflechtung gerichteter Beziehungen im Beobachtungszeitraum 2000–2004 – das zeigt die Abwärtszacke in Abb. 1 an. Als Hauptgrund kann die Fusion der Bank Austria mit der Creditanstalt ausgemacht werden. Mit dieser Verschmelzung schwindet ein eng verflochtener Teil des Finanzsektors, der sich unter anderem durch eine große Zahl an Aufsichtsratsmandaten des ehemaligen Generaldirektors der Bank Austria, Erich Hampel, konstituieren konnte. Ein weiterer Grund ist ein vorübergehender Rückgang des Verflechtungsgrades im Sparkassensektor. Im Jahre 2006 ist es das Vorstandmitglied

Abbildung 1: Typen gerichteter Verflechtungen zwischen dem Finanz- und dem restlichen Unternehmenssektor



F = Finanzunternehmen

NF = Industrie, Handel, Dienstleistungen

der Ersten Bank Elisabeth Bleyleben-Koren, die durch insgesamt vier Aufsichtsratsmandate in anderen Finanzunternehmen, die Sparkassen unterschiedlicher Regionen wieder an das Mutterunternehmen bindet. Des Weiteren zeigt sich 2006 wieder eine stärkere personelle Vernetzung von Genossenschaftsbanken rund um die Österreichische Volksbanken Aktiengesellschaft.

Als ein stabiles Rückgrat der „Österreich AG“ erweist sich die Raiffeisenbankengruppe. Dieser Organisationskomplex besteht aus 541 genossenschaftlich organisierte Raiffeisenbanken und -kassen, die acht Landesbanken (Niederösterreich und Wien bilden eine Einheit) unterstellt sind. Vor allem die Verästelungen zwischen der Raiffeisen-Zentralbank (RZB) und den Landesbanken spannen den Finanzsektor der „Österreich AG“ über nahezu den gesamten Beobachtungszeitraum auf.

Industrieunternehmen (NF/NF) sind „Inseln koordinierter Planung in einem Meer von Marktbeziehungen“ (Richardson 1972, 883). Allein die gefundene konstante Größe der Hauptkomponente (Tab. 2, Zeile 10) ist ein stichhaltiger Beleg dafür, dass Unternehmen über vielfältige, mehr oder weniger verschlungene Pfade miteinander verbunden sind. Die Wahrscheinlichkeit der Bildung von interorganisationellen Netzwerken lässt sich theoretisch herleiten. Pfeffer und Salancik (1978), die prominentesten Vertreter der sogenannten Ressourcendependenztheorie (RDT), postulieren, dass Unternehmen sich verflechten, weil sie ihre Abhängigkeit von den Ressourcen anderer Unternehmen zu minimieren versuchen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Ressourcen materieller Natur. Dass die RDT zur Erklärung der Konstitution der „Österreich AG“ alleine nicht ausreicht, zeigen Detailanalysen. Zoomt man in das Netzwerk hinein, so stößt man in jedem Jahr auf personelle Querverbindungen, die nicht mit brancheninternen Vernetzungen gleichzusetzen sind und auch keine unternehmerischen Vorteile bieten dürften. Die Vernetzung zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und dem Fruchtsafthersteller Rauch Fruchtsäfte im Jahre 2008 (vgl. Abb. 2) wird nur unter Rückgriff auf Elite-Theorien erklärt werden können: Der Finanzreferent des ÖVP-Wirtschaftsbundes Franz Rauch ist Vorstand der Rauch Fruchtsäfte GmbH & Co und hatte 2008 sieben AR-Mandate in der Bank Austria Creditanstalt AG, im Kraftwerksbetreiber Vorarlberger Illwerke, der ÖBB-Holding, der ÖBB-Personenverkehr der Rail Cargo, der Wienerberger AG, der Treibacher Industrie AG sowie der österreichischen Bundesbahnen-Holding inne. In all diesen Funktion beschreiben Journalisten Rauch als einen „ÖVP-nahen Aufsichtsrat“.

Die Vernetztheit im Industriesektor, wie sie in Abb. 2 abgebildet ist, lässt sich also nicht ausschließlich durch sektorale oder Organisationsinteressen erklären. Eine Vielzahl von Verbindungen geht auf parteinahe Manager zurück, die zahlreiche AR-Sitze in (ehemals) staatlichen Großbetrieben akkumulieren. Vieles spricht dafür, dass hier Restbestandteile der politischen Kultur Österreichs („Proporzdemokratie“) ihren Niederschlag finden. Das Ausmaß der Proporzpatronage zu quantifizieren, geht über die Fragestellungen dieses Artikels hinaus. Festgehalten werden soll, dass viele Verflechtungsmuster in der „Österreich AG“, darunter der Anstieg der Vernetzungen innerhalb des Unternehmenssektors zwischen 2006 und 2008 (vgl. Abb. 1), nicht durch unternehmerische Rationalitäten geprägt sind.

Aufschlussreich ist auch eine Analyse der Vernetzungen zwischen Banken und Industrieunternehmen (F/NF, NF/F). Zu beobachten ist ein leichter Abfall der gerichteten *interlocks* von Banken zu Industrieunternehmen. Im Jahre 2008 hält sich die Zahl der Banker in den Aufsichtsräten der Industrieunternehmen nahezu die Waage mit der Zahl von externen Managern in den Kontrollorganen heimischer Banken. Augenfällig ist, dass die Bank Austria ihren Bauchladen an Firmenbeteiligungen nahezu gänzlich abgebaut hat. Die Zacke im Verlauf der F-NF-Verbindungen in Abb. 1 kann auf die Geschäftsstrategie dieser Bank zurückgeführt werden. Der Wirt-

schaftsjournalist Klaus Grubelnik (1998, 44f.) berichtet, dass sich unter dem Generaldirektor Gerhard Randa kurz nach der Fusionierung mit der CA 1997 die Verknüpfungen der Bank mit Industrie-Konzernen zu lösen begann. Innerhalb eines Jahres wurde der Fahrzeugkonzern Steyr-Daimler-Puch AG, die Steyr Fahrzeugtechnik AG (sie montierte vor allem Autos für Chrysler) sowie die Unitech AG (Autozulieferteile) verkauft. So konnte einerseits ein Teil des Kaufpreises für die CA wieder erwirtschaftet werden, andererseits wurde auch Kapital für das Geldgeschäft bereitgestellt. In den nachfolgenden Jahren wurde die Strategie, das umfangreiche Beteiligungsreich abzubauen, fortgesetzt.

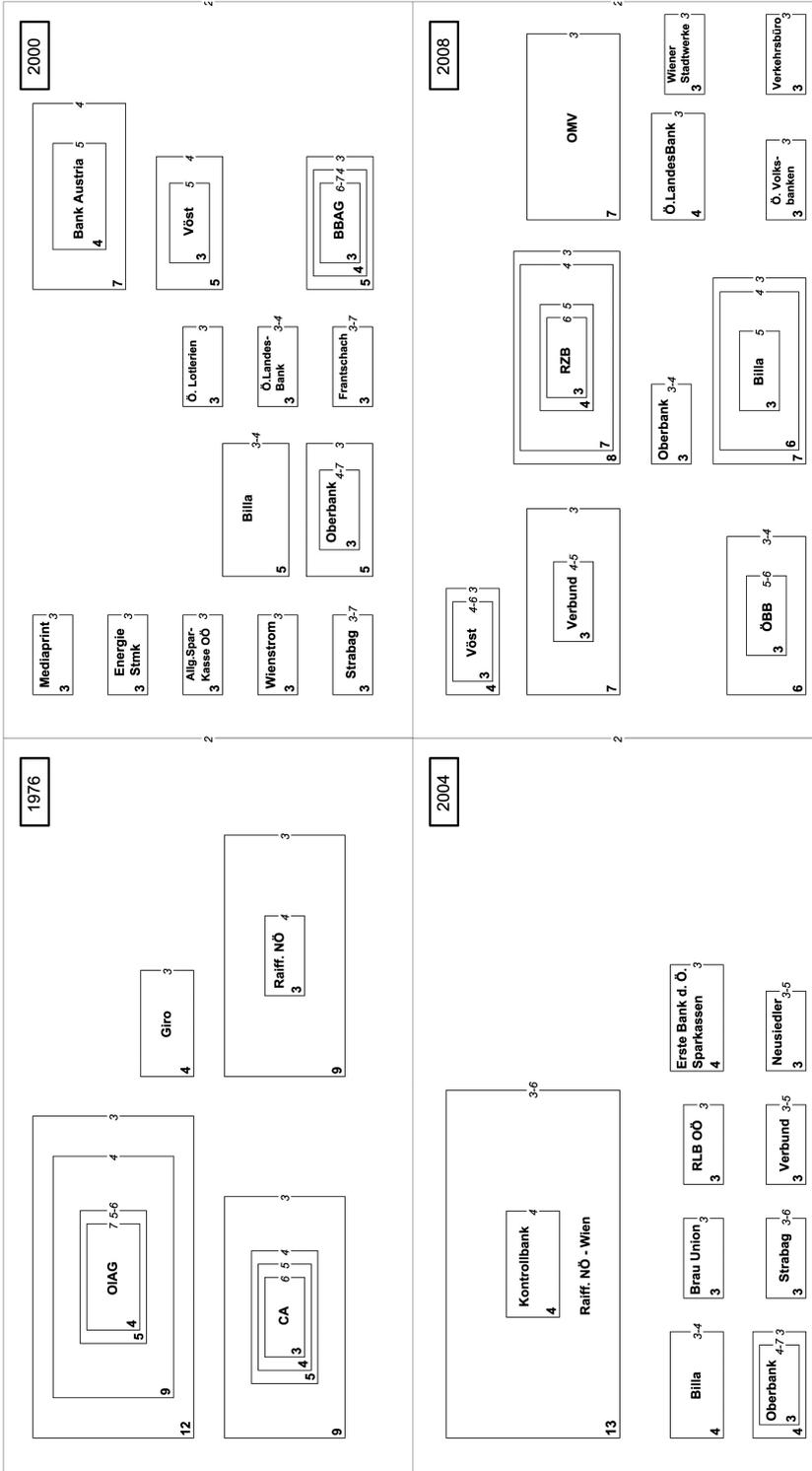
Eine andere Schwerpunktsetzung findet man wiederum bei Raiffeisen, auf deren zunehmende Industriebeteiligung im Wesentlichen der (Wieder-)Anstieg F-NF-Verbindungen zurückzuführen ist. Die RZB gilt als größte Beteiligungsgesellschaft Österreichs. Diese Holding hält milliardenschwere Beteiligungen wie etwa den Baukonzern Strabag, die Nahrungsmittelkonzerne Agrana und Leipnik, den Medienverlag Kurier oder das Versicherungsunternehmen Uniqua. Des Weiteren ist eine der Landesbanken, die Raiffeisenbank Oberösterreich, stark in der Wirtschaftsstruktur dieses Bundeslandes verwurzelt. Dazu zählen vor allem die für Österreich strategisch bedeutsamen Stahlunternehmen (Voestalpine, AMAG Austria Metall), die als Privatunternehmen aus der verstaatlichten Industrie allmählich hervorgegangen sind. Topmanager der Bankengruppe gehören auch Aufsichtsräten ehemaliger staatlicher Unternehmen (Österreichische Lotterien, Münze Österreich, Casinos Austria) an.

Von der rechtspopulistische Partei FPÖ als „Konrad-Giebelkreuz-Krake“ karikiert, von der schreibenden Klasse als „grüner Riese“ umschrieben (Die Zeit, 26.8. 2010), wird in österreichischen Medien zunehmend nicht nur das Ausmaß der Monopolstellung von Raiffeisen diskutiert, sondern auch, ob eine derart umfangreiche Übertragung von gesellschaftlicher Macht an eine einzige Institution legitimiert werden kann. Als besonders bedrohlich werden die zahlreichen Beteiligungen im ohnehin schon stark konzentrierten Mediensektor empfunden.

Einen sehr starken Wandel kann man hinsichtlich der Entwicklung von Unternehmensgruppen beobachten. Um diese zu untersuchen, werden die Netzwerke im Folgenden in Komponenten unterteilt. In einer K-Komponente gilt, dass der Degree jedes Akteurs im Teilgraphen größer oder gleich k ist (vgl. Scott 2000, 110f.). K-Komponenten können wie schachtelbare, russische Matroschka-Puppen-Teile aufeinander aufbauen. Je mehr Puppen ineinander verschachtelt sind, d.h. je höher die Verbundenheit in der Teilgruppe, desto wahrscheinlicher liegen formelle oder informelle Allianzen vor. Die Komponenten werden in Abb. 3 jeweils nach den zentralsten Unternehmen bezeichnet. Die Zahl am äußersten Rand gibt die jeweilige Vielfachheit der Verbindungen an. Der Übersichtlichkeit halber werden die Verbindungen zwischen den einzelnen Komponenten außer Acht gelassen.

Für das Jahr 1976 ergeben die Visualisierungen ein sehr klares Bild: Neben einem Cluster von Genossenschaften erscheint die Gruppe der direkt und indirekt kontrollierten Töchter der Creditanstalt sowie die Konzerngruppe unter der Leitung der ÖIAG als jeweils voneinander abgrenzbare Unternehmensgruppen auf, die untereinander in Verbindung stehen. Zu sehen ist weiters, dass noch im Jahre 2000 Personenverflechtungen rund um die ehemals Verstaatlichte eine relativ große Unternehmensgruppe konstituierten. Der zentralste Spieler in dieser Gruppierung war die Voest, also jener oberösterreichischer Stahlkonzern, der das Fundament der ÖIAG bildete und im Jahre 2003 vollständig privatisiert wurde. Nicht wegzudenken war auch die Bank Austria, die mit Unternehmen der öffentlichen Hand wie etwa die österreichischen Lotterien oder Casinos eng auf Managerebene verbunden war. Alle anderen Unternehmensgruppen können eindeutig mit verschiedenen Wirtschaftssparten und/oder Regionen in Verbindung gebracht werden.

Abbildung 3: Die Unternehmensgruppen der Österreich AG: 1976, 2000, 2004, 2008



Die unter Bundeskanzler Schüssel eingeleiteten Privatisierungsmaßnahmen führten zu der stärksten Verschiebung der Machtbalance innerhalb der „Österreich AG“. Der größte und am besten personell vernetzte Unternehmenskomplex wird nun von der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien angeführt. Zu ihr gehören u.a. sowohl die Luftfahrtsunternehmen AUA, Lauda Air und Tyrolean Airways, als auch die staatsnahen Österreichischen Lotterien sowie die Bank Austria CA. Ganze Unternehmensgruppen verschwinden von der Bildfläche, so etwa die privatisierten Produktionsunternehmen rund um die Voest oder die zwischen 2002 und 2003 an Heineken verkaufte BBAG-Gruppe (Brau Union Österreich AG). Diese Entflechtungserscheinungen schlagen sich auch stark auf die Gesamtvernetzung nieder (vgl. Tab. 2).

Für das Jahr 2008 ergibt sich ein Bild der Konsolidierung. Neben der mächtigen Raiffeisen-Zentralbank haben sich mehrere (ehemalige) Unternehmen der öffentlichen Hand zu branchenübergreifenden Vereinigungen zusammengeschlossen. Die Unternehmen Telekom Austria, OMV und Post, deren Mehrheitseigentümer immer noch der Staat ist, teilen sich drei Aufsichtsratsmandatare. Die Unternehmen, die aus der Voest hervorgegangen sind, ebenso wie die Energieunternehmen des Bundes und der Länder vielfach miteinander personell verwoben. Die ÖBB und ihre Tochterunternehmen teilen Manager mit der staatlichen Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft. Kurz: Die Staatsholding ist nicht in voneinander isolierte Unternehmensgruppen zerfallen. Raiffeisen scheint die fragmentierte Unternehmenslandschaft transzendieren zu können. Ihre Allianzen reichen in nahezu alle Wirtschaftsbranchen hinein.

4. Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag konnte nachweisen, dass es zu einer Rekonfiguration, jedoch nicht zu einer Auflösung der „Österreich AG“ gekommen ist. Die Beständigkeit des weiterhin stark koordinierten Unternehmensnetzwerkes auf niedrigem Verflechtungsniveau hat mehrere Gründe. Der Privatisierungsprozess wurde von der Politik derart gesteuert, dass (zumeist) österreichische Mehrheitsaktionäre auf den Eigentümer Staat folgten. So gelang es etwa dem Raiffeisen-Banker Scharinger im Zusammenspiel mit der Landespolitik, den privatisierten Voest-Konzern in den Händen von inländischen Kernaktionären zu halten. Aus diesen und anderen Privatisierungen wird ersichtlich: Der kleine europäische Staat versucht durch die Aufrechterhaltung eines engmaschigen Unternehmensnetzwerkes, die nationale Kontrolle über die bedeutendsten Unternehmen aufrechtzuerhalten. Dieser Befund ist selbst für jene Privatisierungsperiode unter der Schüssel-Regierung (2000–007) gültig, in der es zu einer starken Umstrukturierung der „Österreich AG“ gekommen ist (vgl. Abb. 3). Somit wird die Eigentümerstruktur zu einem Element der von Katzenstein (1985) postulierten *domestic compensation*. Österreichische Kernaktionäre wirken der durch eine außenwirtschaftlichen Offenheit entstehenden Verwundbarkeit entgegen.⁸

Es muss hinzugefügt werden, dass der Staat seine Rolle als Unternehmer nicht gänzlich aufgegeben hat. Neben den Beteiligungen an der Post, der Telekom und der OMV stellt sich vor allem der Besitz der größten Eisenbahngesellschaft (ÖBB), des größten Elektrizitätskonzern (Verbund) und ihren jeweiligen Tochtergesellschaften (u. a. Rail Cargo, Wiener Stadtwerke) als ein wesentlicher Stützpfiler der „Österreich AG“ heraus. Das Nervenzentrum dieses Gebildes bilden jedoch nicht die Überbleibsel der Verstaatlichten, sondern die Raiffeisen-Bankgruppe. Sowohl die RZB als auch die einzelnen Raiffeisen-Landesbanken üben mittels Aufsichtsratsmandaten Einfluss aus, der auch über die Grenzen des „Raiffeisen-Imperiums“ hinauswirkt. Wie es der ÖVP-nahen Raiffeisen-Bankengruppen gelingen konnte, im Zuge der Privatisierung zum

wichtigsten Akteur aufzusteigen und dabei internationale Konkurrenten zu übertrumpfen, kann nur durch weitergehende Forschung geklärt werden. Weitgehend unbestritten ist, dass die politische Entladung der „Österreich AG“ in erster Linie mit einem starken Rückgang von SPÖ-nahen Managern und weniger mit einem Zerfall des ÖVP-affinen Managernetzwerkes einherging (vgl. Kap. 3 in Korom 2011).

Ambivalente Befunde ergibt die Detailanalyse der Interdependenz und der sektoralen Vernetzung des Finanzsektors und des Unternehmenssektors. Während der Rückgang an F/NF-Vernetzungen mit gewandelten Wettbewerbsbedingungen für Banken erklärt werden kann, gibt die Zunahme der NF/NF-Verflechtungen Rätsel auf. Netzwerkanalytische Visualisierungen (vgl. Abb. 1) lassen vermuten, dass es sich hierbei nicht um vermehrte Intrabranchen-Verflechtungen handelt, die einer Stärkung der Marktposition dienen. Mehr Erklärungskraft als all jene Theorien, die auf Effizienzvorteile fokussieren, scheinen Überlegungen zu Reziprozitätsketten, Nutzfreundschaften und Querverbindungen zwischen Politik und Wirtschaft zu besitzen.⁹ Netzwerke wie die „Österreich AG“ sind keine kulturlosen Strukturen, sondern basieren auf Bedeutungszuschreibungen. Aufgabe weiterer Forschung zum österreichischen Unternehmensnetzwerk wäre es zu klären, inwiefern Aufsichtsräte von der Wirtschaftselite des Landes als Instrumente zur Prestigemaximierung angesehen werden.

ANMERKUNGEN

- 1 Collier und Collier (1991, 27) definieren *critical junctures* folgendermaßen: „a period of significant change, which typically occurs in distinct ways in different countries (or in other units of analysis), and which is hypothesized to produce distinct legacies“.
- 2 In allen Privatisierungsgesetzen ist folgende Formulierung zu finden: „Dabei ist darauf Bedacht zu nehmen, dass österreichische Industriebetriebe und industrielle Wertschöpfung, soweit wirtschaftlich vertretbar, erhalten bleiben“.
- 3 Ein gängiges Maß für die Inklusivität des Netzwerkes ist die Dichte. Sie ist definiert als die Anzahl der tatsächlichen Beziehungen in einem Netzwerk geteilt durch die maximal möglichen Beziehungen innerhalb des Netzwerkes. Die Dichte kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je höher der Wert, desto stärker sind die Knoten des Netzwerkes (Unternehmen, Manager) untereinander verwoben.
- 4 „Eine Komponente ist eine [...] Teilgruppe mit der Eigenschaft, dass alle Mitglieder paarweise untereinander jeweils direkt oder indirekt über beliebig viele (!) Zwischenschritte erreichbar (verbunden) sein müssen“ (Hummel/Sodeur 2010, 594). Die Hauptkomponente ist mit jener Komponente eines Netzwerkes gleichzusetzen, die die meisten Mitglieder umfasst.
- 5 Als inverses Maß für die Verbundenheit oder Redundanz eines Netzwerkes dient hier der Fragmentation-Index, der den Anteil der Knoten angibt, die untereinander nicht in Verbindung stehen (Borgatti/Everett/Freeman 2002).
- 6 Abhängig von der (zu begründenden) Vorstellung, wann ein Akteur für ein Netzwerk wichtig/zentral ist, wird auf unterschiedliche Maße zurückgegriffen (vgl. Trappmann/Hummell/Sodeur 2005, 25–70). An der *degree centrality* (*degrees*) lässt sich ablesen, zu wie vielen anderen Akteuren jemand direkte Beziehungen pflegt. Bei gerichteten Beziehungen können *indegrees* und *outdegrees* separat analysiert werden. Während der *outdegree* der Summe der Kontakte entspricht, die vom Akteur ausgehen, indiziert der *indegree* die Summe aller Kontakte, die sich auf den Akteur richten. Davon ist die *closeness centrality* zu unterscheiden, die misst, welche Akteure nahe an allen anderen liegen. Ein drittes Konzept von Zentralität (*betweenness centrality*) sieht Akteure als zentral an, wenn viele Verbindungen zwischen je zwei anderen Akteuren über sie verlaufen.
- 7 In die Analyse des Jahres 1976 gingen lediglich 26 Bankinstitute ein. Das erklärt auch warum der Verflechtungsgrad für den Finanzsektor desselben Jahres weit unter jenem der nachfolgenden Zeitspanne liegt (für die jeweils 50 Bankinstitute berücksichtigt werden).
- 8 Das Beispiel der privatisierten Austria Tabak GmbH zeigt deutlich, welche Folgen ausländische Beteiligungen haben können. 2007 wurde das Unternehmen an den britischen Gallaher-Konzern verkauft. In weiterer Folge wurden Produktionsstätten in Hainburg und Wien geschlossen. 320 Mitarbeiter verloren ihren Arbeitsplatz.

- 9 Dass gute persönliche Bekanntschaften unter Aufsichtsratsvorsitzenden und Vorstandsvorsitzenden in Unternehmen der öffentlichen Hand weitverbreitet sind, legt auch eine Anfang 2011 durchgeführte Studie der Wirtschaftsuniversität Wien nahe (Hoffmann et al. 2011).

LITERATURVERZEICHNIS

- Aiginger, Karl* (1999). The Privatization Experiment in Austria, in: *Austrian Economic Quarterly*, Vol. 4, 261–270.
- Belke, Ansgar/Friedrich Schneider* (2006). Privatization in Austria: Some Theoretical Reasons and Performance Measures, in: *Marko Köthenbürger/Hans-Werner Sinn/John Whalley* (Hg.): *Privatization Experiences in the European Union*, Cambridge, Mass., 89–116.
- Berle, Adolf A./Gardiner C. Means* (1948). *The Modern Corporation and Private Property*, New York, NY.
- Böheim, Michael/Heinz Handler/Margit Schratzenstaller*. Optionen einer einnehmensbasierten Budgetkonsolidierung, in: *WIFO-Monatsberichte*, Vol. 3, 269–283.
- Borgatti, Steve/Martin Everett/Lin Freeman* (2002). *Ucinet for Windows: Software for Social Network Analysis*, Harvard, MA.
- Bruckner, Bernulf/Rudolf Stickler* (2000). *Österreichs Bankwirtschaft. Struktur, Wirtschaftlichkeit und internationaler Vergleich*, Wien.
- Chaloupek, Günther/Johannes Jetschgo* (2004). *Österreichische Industriegeschichte 1848–1955. Die verpasste Chance*, Wien.
- Collier, Ruth B./David Collier* (1991). *Shaping the Political Arena. Critical Junctures, the Labor Movement, and Regime Dynamics in Latin America*, Princeton, N.J.
- Culpepper, Pepper D.* (2011). *Quiet Politics and Business Power. Corporate Control in Europe and Japan*, New York.
- David, Thomas/André Mach* (2003). The Specificity of Corporate Governance in Small States, in: *Michał Federowicz/Ruth V. Aguilera* (Hg.): *Corporate Governance in a Changing Economic and Political Environment. Trajectories of Institutional Change*, New York, 220–246.
- Der Standard*, 27.8. 2003: Pühringer lebt gut mit Voest-Verkauf.
- Die Presse*, 18.5. 2008: AUA: Koalitionszwist und Privatisierung.
- Die Presse*, 19.6. 2008: Bartenstein für Verbund-Privatisierung.
- Die Presse*, 12.7. 2009: Privatisierung: Heiße Debatten um „Schlussverkauf“.
- Die Zeit*, 03.1. 1986: Ein Skandal kommt selten allein.
- Die Zeit*, 26.8. 2010: Der grüne Riese.
- Format*, 11.9. 2003: Scharinger konkretisiert Voest-Pläne.
- Grubelnik, Klaus* (1998). *Die rote Krake. Eine Bank erobert Österreich*, Wien.
- Hall, Peter A.* (2006). Stabilität und Wandel in den Spielarten des Kapitalismus, in: *Jens Beckert/Bernhard Ebbinghaus/Anke Hassel/Philip Manow* (Hg.): *Transformationen des Kapitalismus. Festschrift für Wolfgang Streeck zum sechzigsten Geburtstag*, Frankfurt am Main, 181–204.
- Hall, Peter A./Favid Soskice* (2001). An Introduction to Varieties of Capitalism, in: *Peter A. Hall/David W. Soskice* (Hg.): *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage*, Oxford, 71–104.
- Hoffmann, Werner H. et al.* (2011). Stand der Unternehmensaufsicht in Österreich, in: *Aufsichtsrat aktuell*, Vol. 7 (2), 5–11.
- Hummell, Hans J./Wolfgang Sodeur* (2010). Netzwerkanalyse, in: *Christof Wolff/Henning Best* (Hg.): *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse*, Wiesbaden, 575–603.
- Katzenstein, Peter J.* (1985). *Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe*, Ithaca, NY.
- Korom, Philipp* (2011). *Wirtschaftseliten im neuen Austrokapitalismus. Sozialprofil und Personalverflechtungen*, Graz (unver. Diss.)
- Köthenbürger, Marko/Hans-Werner Sinn/John Whalley* (Hg.) (2006). *Privatization Experiences in the European Union*, Cambridge, Mass.
- Kriechbaumer, Robert* (2008). *Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983–1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in Karikaturen von Ironimus*, Wien.
- Lacina, Ferdinand/Dionys Lehner/Peter Mitterbauer/Andreas Resch/Roman Sandgruber* (2005). *Österreichische Industriegeschichte 1955–2005. Die ergriffene Chance*, Wien.
- Lehmbruch, Gerhard* (1969). Konkordanzdemokratie im internationalen System, in: *Ernst-Otto Czempiel* (Hg.): *Die anachronistische Souveränität, PVS-Sonderheft 1*, Opladen, 139–163.
- Leisch, Wilfried* (2004). „Du voest mir“. Texte, Bilder, Fakten; das Buch wider das Vergessen zur Voest-Privatisierung, Wien.
- Meth-Cohn, Delia/Wolfgang C. Müller* (1994). Looking Reality into the Eye: The Politics of Privatization in Austria, in: *Vincent Wright* (Hg.): *Privatization in Western Europe. Pressures, Problems and Paradoxes*, London, 160–179.

- Mizruchi, Mark S./Christopher Marquis (2005). Interlocking Directorates, in: Jens Beckert/Milan Zafirovsky (Hg.): International Encyclopedia of Economic Sociology, London, 375–377.
- Morawetz, Inge (1985). Personelle Verflechtungen zwischen Großunternehmen und Banken in Österreich. Ergebnisse einer Netzwerkanalyse, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 10(2), 73–84.
- Müller, Wolfgang C. (1988). Privatizing in a Corporatist Economy: The Politics of Privatization in Austria, in: West European Politics, Vol. 11(4), 101–116.
- Nowotny, Ewald (1982). Nationalized Industries as an Instrument of Stabilisation Policy: The Case of Austria, in: Management International Review, Vol. 53(1), 41–56.
- Obinger, Herbert (2006). „Wir sind Voesterreicher“: Bilanz der ÖVP/FPÖ-Privatisierungspolitik, in: Emmerich Tálos (Hg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien/Hamburg, 154–169.
- Pfeffer, Jeffrey/Gerald R. Salancik (1978). The External Control of Organizations: A Resource Dependence Perspective, New York, NY.
- Richardson, George B. (1972). The Organization of Industry, in: The Economic Journal, Vol. 82(327), 883–896.
- Schneider, Friedrich (2002). Privatisierung und Deregulierung in Österreich in den 90er Jahren: Einige Anmerkungen aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie, in: Hartmut Berg (Hg.): Deregulierung und Privatisierung: Gewolltes – Erreichtes – Versäumtes, Berlin, 89–121.
- Scott, John (2003). Social Network Analysis. A Handbook, London.
- Stinchombe, Arthur L. Weak Structural Data, in: Contemporary Sociology, Vol. 19(3), 380–382.
- Stokman, Frans N./Jelle van der Knoop/Frans W. Wasseur (1988). Interlocks in the Netherlands: Stability and Careers in the Period 1960–1980, in: Social Networks, Vol. 10(2), 183–208.
- Stokman, Frans N./Rolf Ziegler/John Scott (Hg.) (1985). Networks of Corporate Power. A Comparative Analysis of 10 Countries, Cambridge.
- The Economist, 2003: Don't sell our family silver! Austrians are still reluctant free-marketeers (2003), 4.9. 2003.
- Trappmann, Mark/Hans J. Hummell/Wolfgang Sodeur (2005). Strukturanalyse sozialer Netzwerke. Konzepte, Modelle, Methoden, Wiesbaden.
- Traxler, Franz (2007). Austria, in: Franz Traxler/Gerhard Huemer (Hg.): Handbook of Business Interest Associations, Firm Size and Governance. A Comparative Analytical Approach, London, 39–63.
- Turnheim, Georg (2009). Die verstaatlichten Unternehmen zwischen 1945 und 1955, in: Georg Turnheim/Werner Clement (Hg.): Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008, Wien, 29–50.
- Useem, Michael (1984). Inner circle. Large Corporations and the Rise of Business Political Activity in the US and UK, Oxford.
- Weber, Fritz (1994). Austrian Nationalized Industry (1946–1976), in: Herbert Matis (Hg.): The Economic Development of Austria since 1870, Aldershot, 242–253.
- Windolf, Paul (2002). Corporate networks in Europe and the United States, Oxford/New York, NY.
- Windolf, Paul (2006). Unternehmensverflechtungen im organisierten Kapitalismus: Deutschland und USA im Vergleich 1896–1938, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Vol. 51(2), 191–222.
- Windolf, Paul/Jürgen Beyer (1995). Kooperativer Kapitalismus. Unternehmensverflechtungen im internationalen Vergleich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 47(1), 1–36.
- Windolf, Paul/Michael Nollert (2001). Institutionen, Interessen, Netzwerke Unternehmensverflechtung im internationalen Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 42(1), 51–78.
- Ziegler, Rolf (1987). Besitzverhältnisse, Parteipräferenz und Personenverbindungen in der österreichischen Wirtschaft, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 12(2), 81–92.
- Ziegler, Rolf (1984). Das Netz der Personen- und Kapitalverflechtungen deutscher und österreichischer Wirtschaftsunternehmen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 36 (3), 557–584.
- Ziegler, Rolf/Donald Bender/Hermann Biehler (1985). Austria Incorporated, in: Frans N. Stokman/Rolf Ziegler/John Scott (Hg.): Networks of Corporate Power. A Comparative Analysis of 10 Countries, Cambridge, 73–90.

AUTOR

Philipp KOROM, Dr. MMag. MRes, Wiss. Mitarbeiter bei Spectro gem. Ges. für wissenschaftliche Forschung GmbH und Lektor am Institut für Soziologie/Graz; aktuelle Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftssoziologie, Soziologie der Eliten/Intellektuellen, Netzwerkanalyse.